

# i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 3/2024

23. Juli 2024



## Liebe Leserinnen und Leser,

an erster Stelle möchte ich allen in die Kommunalparlamente gewählten Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern herzlich gratulieren und ihnen für ihre wertvolle Arbeit alles Gute, viel Erfolg, aber auch ebenso viel Freunde wünschen. Allen Kandidatinnen und Kandidaten danke ich für ihre Bereitschaft und ihren Einsatz im Wahlkampf. Ohne Euch alle würde unsere Demokratie nicht funktionieren.

Die letzten Landtagsitzungen vor der parlamentarischen Sommerpause haben vergangene Woche stattgefunden. Im Fokus der Landespolitik stehen nach wie vor die Modernisierung unseres Bildungssystems, der Fachkräftemangel, die Schaffung bezahlbaren Wohnraums und die Transformation unserer Wirtschaft. Wir fordern schon seit Langem, dass Grün-Schwarz endlich in die Gänge kommt. Schon viel zu lange werden dringend notwendige Maßnahmen aufgrund der unterschiedlichen Positionen der Koalitionspartner auf die lange Bank geschoben. Die Risse in der selbsternannten „Komplementärkoalition“ werden immer größer und sichtbarer. Denn das sich verschiebende Kräfteverhältnis zwischen den Parteien wirkt nicht unbedingt befriedend. Die CDU, die 2021 als deutlich kleinerer Juniorpartner dankbar und demütig einem übermäßig grün geprägten Koalitionsvertrag zustimmte, fühlt sich im Land im Aufwind. Die Grünen dagegen wissen um ihren drohenden Machtverlust und müssen sich hinsichtlich der Nachfolge Winfried Kretschmanns endlich in Position bringen. Einem Wechsel auf dem Ministerpräsidentenposten während der Legislaturperiode hat die CDU einen frühen Riegel vorgeschoben. Einen Amtsbonus wird es damit für den nächsten Grünen-Spitzenkandidaten im Frühjahr 2026 nicht geben. Deswegen ist schon bei den Haushaltsverhandlungen im Herbst mit einem harten und zähen Kampf zwi-

schen den Regierungsfractionen zu rechnen – sicher nicht zum Vorteil für unser Land.

Die Bundesregierung hat unter Führung von Bundeskanzler Olaf Scholz in der vergangenen Woche den Haushaltsentwurf für 2025 vorgelegt. Viele politische Schwerpunkte, die für die SPD wichtig sind, schlagen sich darin nieder. Vor allem der soziale Zusammenhalt darf nicht aufs Spiel gesetzt werden. Dafür müssen ausreichend Mittel für Bildung und bezahlbares Wohnen, Gesundheit und Pflege sowie für stabile Renten und soziale Sicherheit aufgewandt werden. Der wirtschaftliche Erfolg unserer Republik hängt nicht zuletzt davon ab, wie es uns gelingt, die Transformation zu gestalten und Arbeitsplätze zu sichern. Klar ist, dass es hier und in vielen anderen Bereichen nicht ohne massive staatliche Investitionen gehen wird. In den anstehenden Haushaltsberatungen im Bundestag wird die SPD-Fraktion die Vorschläge des Kabinetts intensiv prüfen und sich konsequent für eine kluge Reform der bestehenden Schuldenbremse einsetzen, damit diese nicht zur Zukunftsbremse wird.

Ich möchte mich heute nicht in die parlamentarische Sommerpause verabschieden, ohne meine Freude und Begeisterung über die Fußball-Europameisterschaft auszudrücken. Während ich schon fürchtete, dass wir mehr und mehr ins Motzen und Meckern abgleiten und der ständige Hass und die allgegenwärtige Hetze in den sozialen Medien ein gutes Miteinander immer schwieriger machen, hat dieses sportliche Großevent gezeigt, dass unser Land durchaus begeisterungsfähig ist. Ich wünsche mir von Herzen, dass wir diese positive Stimmung und den spürbaren Zusammenhalt mitnehmen in die kommenden Wochen, Monate und möglichst auch Jahre. Denn wir stehen als Gesellschaft vor großen Herausforderungen und diese können wir nur gemeinsam bewältigen. Dafür brauchen wir Mut und Zuversicht. Und eine positive Grundhaltung macht vieles im Leben leichter. In diesem Sinne wünsche ich Euch und Euren Familien und Freunden einen wunderschönen Sommer und natürlich eine interessante Lektüre.

Euer Andreas Stoch

## Industriestandort Baden-Württemberg

In der 96. Sitzung des Landtags am 16. Mai fordert die SPD im Rahmen einer Aktuellen Debatte, den Industriestandort Baden-Württemberg zu stärken und somit Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen. (Auszug aus meiner Rede)

„Die aktuelle weltpolitische Lage fordert uns in Deutschland in besonderem Maße heraus. Die Wirtschaft, auch in Baden-Württemberg, verlangt nach Antworten. Der Rückgang der Aufträge im Südwesten um 11%, der Produktion um 8% und des Umsatzes um 6% sind Alarmzeichen, die nicht vom Himmel fallen. Es ist ein Zeichen der Zeit und Aufgabe der Politik, die industriellen Arbeitsplätze zu erhalten. Dabei kann es nicht um Schuldzuweisungen gehen. Verschiedene Entwicklungsfaktoren haben in diese Situation geführt. Wir müssen uns jetzt fragen, wie können wir unser Wirtschaftsmodell am Leben erhalten. Das geht nicht durch einfache Lösungen. Wir brauchen eine aktive Wirtschafts- und Strukturpolitik in Baden-Württemberg. Das brauchen wir auch in der EU. Dort muss man verstehen, dass auch traditionell starke Regionen Unterstützung in der Transformation benötigen. Es kann nicht sein, dass ein starker Standort erst schwach werden muss, um unterstützt zu werden. Das gilt auch für den Bund, gerade wenn es um Investitionen in die Infrastruktur und Forschung und Entwicklung geht. Hier geschieht schon viel, aber im Vergleich zu anderen wirtschaftsstarke Nationen bedarf es größerer Anstrengungen. Wir brauchen alle Ebenen, um den Wandel zu schaffen. Die Landesregierung muss hier deutlich mehr machen! Schon vor zwei Jahren hat die SPD-Fraktion darauf hingewiesen, dass andere Bundesländer sehr viel mehr machen. Wo sind Ihre Maßnahmen zur Standortsicherung? Wo sind Ihre Maßnahmen, mit denen die Transformation vor allem in den kleinen und mittleren Betrieben unterstützt wird? Der Mittelstand ist immer noch das Rückgrat unserer Wirtschaft. Was tun Sie konkret gegen den Fachkräftemangel? Mehr als jedes zweite Unternehmen benennt den Fachkräftemangel als größtes Risiko für die Zukunft. Wir brauchen aktive Weiterbildungsmaßnahmen und ein Bewusstsein, dass wir eine gute Fachkräftezuwanderung in unser Land benötigen. Wir sind das einzige Land mit Studiengebühren für ausländische Studierende. Auch das ist ein großes Problem für unsere Wirtschaft. Wir brauchen für unsere Wirtschaft eine sichere und bezahlbare Energieversorgung. Gerade im Bereich der erneuerbaren Energien müssen wir mehr als einen Gang nach oben schalten. Wir brauchen Netze für Strom und Wasserstoff. Nur so werden wir den Wirtschaftsstandort stark halten.“

## Einsamkeit begegnen

Ebenfalls in der 96. Sitzung wurde die Große Anfrage der SPD diskutiert, die Einsamkeit und soziale Isolation in Baden-Württemberg thematisiert und nach Lösungen sucht, wie dieser begegnet werden kann.

Die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion **Dr. Dorothea Kliche-Behnke** verweist darauf, dass Einsamkeit auch in Baden-Württemberg ein großes Thema ist. „Seit Monaten sind Sozialpolitikerinnen und Sozialpolitiker der Fraktion im ganzen Land unterwegs und kommen ins Gespräch mit lokalen Gruppen, Trägern der Sozialhilfe und Initiativen vor Ort, machen Veranstaltungen, stoßen Netzwerke an und überlegen, wie Einsamkeit entgegengewirkt werden kann. Einsamkeit hat viele Gesichter und betrifft nicht nur ältere Menschen, sondern mittlerweile auch die junge Generation. Manche Gruppen trifft sie dabei besonders: Menschen mit Beeinträchtigungen, mit Migrationshintergrund, mit kleinem Einkommen. Einsamkeit nimmt zu, insbesondere im Schatten von Corona. Die Langzeitfolgen sind bedeutend, nicht nur für die einzelnen Betroffenen, sondern für die gesamte Gesellschaft. Einsamkeit ist auch ein Thema für die Gesundheitspolitik, denn sie macht krank. Das Risiko für Depressionen und Herz-Kreislaufkrankungen steigt signifikant. Einsame Menschen empfinden ihre eigene Wirksamkeit oft negativ, gehen seltener wählen und sind anfälliger für Populismus und Verschwörungstheorien. Damit ist Einsamkeit auch ein Problem für unsere Demokratie. Das alles sollte Grund genug sein, um über notwendige Strategien dagegen nachzudenken. Wie gut der Kampf gegen Einsamkeit gelingt entscheidet sich vor Ort in den Kommunen. Diese muss das Land unterstützen, um Wohn- und Quartierstrukturen und Treffpunkte für alle Generationen zu schaffen. Wir müssen Schulsozialarbeit, psychotherapeutische Beratungsangebote an den Studierendenwerken, Familienzentren und Begegnungsstätten für Ältere ausbauen. Wir brauchen genügend Plätze in der Kinder- und Jugendpsychiatrie, Netzwerke zur Verhinderung von Einsamkeit und zur Unterstützung von Alleinerziehenden und Seniorinnen und Senioren. Wir brauchen eine entsprechende Wohnungspolitik und gesundheitspolitische Präventionsmaßnahmen. Nicht zu vergessen ist dabei die Bedeutung von Kultur und Sport. All das muss aus Sicht der SPD umfassend in einer Landesstrategie gebündelt werden. Die Antwort der Landesregierung auf unsere Große Anfrage ist allerdings nicht mehr als ein Sammelsurium an alten Programmen und Förderungen. Von einer echten Strategie zur Bekämpfung von Einsamkeit ist sie meilenweit entfernt.“

## Demokratie stärken

**Im Nachgang der schrecklichen Bluttat gegen einen Polizisten in Mannheim beantragte die SPD in der 98. Sitzung des Landtags am 19. Juni eine Aktuelle Debatte, um über die Stärkung der Demokratie und die Bekämpfung extremistischer Kräfte in unserer Gesellschaft zu diskutieren. (Auszug aus meiner Rede)**

„Über den brutalen Mord an Rouven Laur sind wir entsetzt und empört, fassungslos und traurig. Doch bei Fassungslosigkeit und Traurigkeit darf es nicht bleiben. Mannheim markiert einen traurigen Höhepunkt extremistischer Gewalt, ein Einzelfall ist es aber nicht. Wir erleben, wie Extremisten von allen Seiten mit Spalerei, Hass und blanker Gewalt gegen unsere freiheitliche Gesellschaft und unsere Demokratie vorgehen - Islamisten genauso wie Links- oder Rechtsextreme, Reichsbürger und andere Spinner. Wenn unser Verfassungsschutz mehr als 10.000 dieser Extremisten in unserem Land ausmacht, dann muss uns das alarmieren. Wenn wir uns zu unserer Demokratie bekennen, müssen wir diese auch beschützen und verteidigen. Islamismus ist radikal und verachtet unsere Werte. Unser Bundeskanzler hat hier eine klare Ansage gemacht: Wer die Freiheit unseres Landes missbraucht, um genau diese Freiheit zu bekämpfen, verspielt sein Schutzinteresse zugunsten der Sicherheitsinteressen unseres Landes und muss abgeschoben werden. Das bedeutet nicht, dass wir auf den einen Extremismus mit dem anderen Extremismus antworten dürfen. Ein Generalverdacht gegen alle Muslime und wirre Ideen, wie Remigration, sind auch Angriffe auf unsere Freiheit. Freiheit und Demokratie leben in der Mitte unserer Gesellschaft und nur aus dieser heraus können wir sie verteidigen. Wenn in salafistischen Gebetsräumen Hass, Hetze und Antisemitismus verbreitet werden, zu Gewalt aufgerufen und diese gefeiert wird, dann müssen wir diese Räume verbieten. Das schützt die Muslime, die auf dem Boden unserer Verfassung stehen. Das betrifft auch die virtuellen Räume. Wir wissen um die Macht der radikalen Echokammern im Netz. Lange habe ich gedacht, dass unsere Demokratie das aushalten kann. Aber das meine ich nicht mehr. Wenn wir die Hetze im Netz nicht konsequent bekämpfen, werden aus Worten weitere Taten. Das müssen wir verhindern. Einen großen Fokus müssen wir dabei auch auf die Prävention legen, indem wir dem Verfassungsschutz mehr Möglichkeiten einräumen. Auch der rechtzeitige Eingriff in die Biografien sich radikalisierender Täter durch gelingende Sozial- und Integrationsarbeit und eine bessere psychosoziale Betreuung bei der Erstaufnahme Geflüchteter muss uns mehr wert sein.“

## Lehrkräfteversorgung

**In der 101. Sitzung des Landtags am 17. Juli thematisierte die SPD mit einer von ihr initiierten Großen Anfrage die nach wie vor schlechte Lehrkräfteversorgung im Land.**

Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion **Dr. Stefan Fulst-Blei** berichtet von verzweifelten Hilferufen, vor allem aus den SBBZ im Land, die die seit Jahren schwierige Situation aufgrund des Fachkräftemangels beklagen. „Gerade für die Schülerinnen und Schüler dort ist ein regelmäßiger, routinierter und strukturierter Schulalltag immens wichtig. Das ist mit den vom Land bereitgestellten Ressourcen nicht zu gewährleisten und führt zu teilweise schlimmen gesundheitlichen Konsequenzen für Schülerinnen und Schüler, was regelmäßig zu Krankenschreibungen bei den Eltern führt. Wie unser Antrag zeigt, kommt das nicht überraschend: Laut Kultusministerium waren die SBBZ schon zu Schuljahresbeginn nur zu 88,5% mit Lehrkräften versorgt. Damit wurde der Bedarf von 110%, um Krankheitsausfälle während des Schuljahres auffangen zu können, um mehr als ein Zehntel unterschritten. Die grün-schwarze Landesregierung hat mit ihrer falschen Politik den Lehrkräftemangel zum größten Teil selbst verursacht, weil sie noch 2017 meinte, 1.000 Lehrerstellen streichen zu müssen. Vor diesem Hintergrund sind auch die aktuell schlechten VERA-Ergebnisse keine Überraschung, sondern die Bilanz Ihres Versagens. Wir geraten im Wettbewerb der Bundesländer weiter in Rückstand. Das von uns angemahnte Programm „Rückenwind“ wurde erst jetzt, nach langem Hin und Her und viel Verunsicherung, an den Schulen finanziell verlängert. Ganz bitter wird es beim Thema „multiprofessionelle Teams“, die unsere Lehrkräfte unterstützen könnten. Die Landesregierung erlaubt sich hier einen Mini-Modellversuch von gerade einmal 16 Schulen, d.h. 0,4% aller Schulen des Landes. Und erst 2027 soll das Ganze dann für ein landesweites Roll-Out geprüft werden. Was muss also getan werden? Die SPD fordert eine Perspektive für A13 für Grundschullehrkräfte, eine deutlich größere Krankheitsvertretungsreserven von mindestens 2.500 Stellen, eine sofortige Evaluation des Modellversuchs „multiprofessionelle Teams“ und dessen flächendeckende Ausdehnung zum 1. Januar 2025. Wir brauchen bessere Coachingstrukturen für angehende Lehrkräfte und einen Stopp der unsäglichen Entlassung von Referendarinnen und Referendaren über die Sommerferien. Wir brauchen ein Vorrangstundenmodell, damit jetzt mehr Lehrkräfte bereit sind, mehr Unterricht zu leisten. Und wir brauchen endlich eine Unterrichtsgarantie, wie Andreas Stoch dies schon seit Langem fordert.“



## Gemeinsam gegen Fachkräftemangel



Der Fachkräftemangel ist über alle Branchen hinweg spürbar und wird sich in den kommenden Jahren weiter verschärfen. Laut Prognosen werden 2035 in Baden-Württemberg rund 900.000 Fachkräfte fehlen. Das stellt unsere Unternehmen und soziale Institutionen, aber auch unsere Gesellschaft insgesamt, vor immense Herausforderungen.

Die SPD-Landtagsfraktion hat in einem Positionspapier Vorschläge erarbeitet, wie dem Fachkräftemangel erfolgreich begegnet werden kann. Dieses habe ich als Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag und als örtlicher Abgeordneter in einer gemeinsamen Veranstaltung mit der IHK Ostwürttemberg mit prominenten Akteurinnen und Akteuren aus der Region diskutiert und weitere konkrete Maßnahmen erörtert, wie es gelingen kann, mehr und passende Fachkräfte für den hiesigen Arbeitsmarkt zu gewinnen. Im hochkarätig besetzten Podium saßen Thilo Rentschler, Hauptgeschäftsführer der IHK Ostwürttemberg, Dr. Tobias Mehlich, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Ulm, Claudia Prusik, Vorsitzende der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit in Aalen, Markus Mengemann, Sprecher der Liga der freien Wohlfahrtspflege in Ostwürttemberg, Tobias Bucher, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Heidenheim und Ulrike C. Monz, Unternehmerin und Obermeisterin der Heidenheimer Bauinnung. Als Ergebnis der zweistündigen interessanten Diskussion war man sich einig, dass dieses hochkomplexe Thema viele Bereiche betrifft und nur gesamtgesellschaftlich erfolgreich angegangen werden kann. Dafür müssen wir Erwerbsarbeit stärken, Familie und Beruf besser vereinbaren, ausländische Arbeitskräfte schneller und besser in den Arbeitsmarkt und unsere Gesellschaft integrieren und vor allen Dingen dafür sorgen, dass alle Kinder mit der bestmöglichen Bildung einen guten Start ins Berufsleben erhalten. Es gibt also jede Menge zu tun. Doch die positive Botschaft der Veranstaltung ist: WIR KÖNNEN WAS TUN!

### Unser Positionspapier zur Fachkräftesicherung:

[https://www.spd-landtag-bw.de/wp-content/uploads/2023-01-Positionspapier\\_Fachkraeftegewinnung.pdf](https://www.spd-landtag-bw.de/wp-content/uploads/2023-01-Positionspapier_Fachkraeftegewinnung.pdf)

## Besuch Firma UC Monz

Trotz eklatantem Wohnungsmangel ist die Situation in der Baubranche angespannt, verdeutlichte Ulrike C. Monz, Unternehmerin und Obermeisterin der Heidenheimer Bauinnung. Davor hatte ich schon im Frühjahr letzten Jahres gewarnt, wenn nicht ausreichend öffentliche Investitionen getätigt würden. Wir brauchen dringend eine Diskussion über sinnvolle öffentliche Investitionen. Der Staat muss handeln, wenn sich private Investoren zurückhalten. Der Markt allein kann das nicht richten, war ich mir mit der Bauunternehmerin einig. Die Auftragsflaute habe in vielen Unternehmen zu Umsatzeinbrüchen und Kurzarbeit geführt, berichtete Monz. Hier braucht es vor allem ein größeres Engagement des Landes für den sozialen Wohnungsbau. Auf jeden Euro Förderung vom Bund legt Baden-Württemberg nur 35 Cent. In anderen Bundesländern ist das weitaus mehr, in Bayern sind es sogar zwei Euro. Während bei uns die Fördertöpfe für 2024 bereits wieder leer sind, schießt Nordrhein-Westfalen eine Milliarde Euro in den sozialen Wohnungsbau. Ulrike C. Monz, die sich auch seit Jahren kommunalpolitisch im Gemeinderat engagiert, wünscht sich mehr staatliche Anreize fürs Bauen, sei es durch steuerliche Vorteile oder die Absenkung staatlich geforderter Baustandards. Auch müsse die Politik stärker unternehmerisch denken, um zukunftsfähige und nachhaltige Rahmenbedingungen zu schaffen. Große Sorgen bereitet ihr die Zukunft der Branche. Viele Betriebe bilden nicht mehr aus und sind in diesen schwierigen Zeiten damit beschäftigt, ihr Stammpersonal zu halten. Das sei katastrophal für die regionalen Baufirmen. Sie selbst hat sechs Azubis im Betrieb und investiert in diese zukünftigen Fachkräfte viel Zeit, Zuwendung und Respekt. Das lohne sich, denn dann sei die Ausbildung auch erfolgreich. „Gute Bildung von klein auf ist unverzichtbar. Das müssen wir uns als Gesellschaft einfach leisten“, sind wir uns einig. Auch darin, dass es wieder eine positivere und wertschätzende Kommunikation brauche. Denn Panikmache ist nicht hilfreich, sondern sogar gefährlich. Sie ist wirtschaftsfeindlich und spielt vor allem anti-demokratischen Kräften in die Hände.

### Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL

Redaktion: Danjela Folberth

Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim

Tel.: 07321/ 4 00 80

E-Mail: [wahlkreisbuero@andreas-stoch.de](mailto:wahlkreisbuero@andreas-stoch.de)

Internet: [www.andreas-stoch.de](http://www.andreas-stoch.de)